



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1906

264 (9.6.1906) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-420577](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-420577)

General-Anzeiger



(Bayerische Volkszeitung.) der Stadt Mannheim und Umgebung. (Mannheimer Volksblatt.)

Unabhängige Tageszeitung.

Erscheint wöchentlich zwölf Mal.

E 6, 2. Lesekasse und verbreitete Zeitung in Mannheim und Umgebung. E 6, 2.

Schluss der Inseraten-Aufnahme für das Mittagsblatt Morgens 9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Eigene Redaktions-Bureaus:

Berlin: Dr. Paul Harms, W. 50, Würzburgerstraße 15. Telefon: Berlin-Charlottenburg Nr. 3987.
Karlsruhe: Georg Christmann, Helmholzstraße 13. Telefon: Nr. 1907.

Abonnement:
70 Pfennig monatlich.
Einsendungen an die Redaktion,
durch den Postboten, sind
anzufügen Nr. 549 des Central-
Eingangs-Numerus & d. g.
Inserate:
Die Colonat-Zeile . . . 20 Pf.
Kaufmännische Inserate . . . 25
Die Reklam-Zeile . . . 60

Telegraphisch-Adresse:
„Journal Mannheim“.
Telefon-Nummern:
Direktion, Buchhaltung 1449
Druckerei-Bureau (An-
nahme des Druckbestells) 841
Redaktion 877
Expedition 918

Nr. 264. Samstag, 9. Juni 1906. (1. Abendblatt.)

Die heutige Abendausgabe umfasst im ganzen 24 Seiten.

Der eingereichte Dreibund:

(Von unserem Berliner Bureau.)

Hs. Berlin, 8. Juni.

Als bald nach dem Soluchowski-Telegramm der Besuch Kaiser Wilhelms in Wien angesagt wurde, wollte man darin vielfach eine Spitze gegen Italien erblicken. Wie's gemeint war — wer will das heute noch feststellen. Die erste Erregung über die Marokko-Konferenz hat sich längst gelegt, man hat auch, in Österreich wie in Italien, viel zu sehr mit eigenen Angelegenheiten zu tun, um sich in auswärtige Fragen hartnäckig festzulegen. Deutschland aber, so sehr es gelegentlich durch „impulsive“ Vorstöße alle Welt in Unruhe versetzt, bleibt auch darin dem impulsiven Charakter seiner Politik getreu, daß es ebenso rasch bereit ist, sich mit aller Welt wieder zu vertragen. So hatte es keine Schwierigkeit, bei der Wiener Kaiserbegegnung den ganzen Dreibund — auf telegraphischem Wege — zu beleben. Nun ja, die Dreibund-Verträge beziehen ja auf dem Papiere noch, und solange man des Dreibundes nicht für den Ernstfall bedarf, wird man die „schöne Leide“ — wie ihn der „Vorwärts“ wohlfaß nennt — jederzeit galdanzuieren können. Geht den Fall aber, Deutschland würde heute von Frankreich oder England angegriffen; wer spricht davon, daß Italien vorsichtig abwarten würde, wer die ersten Schlachten gewinnt, um sein Verhalten darnach einzurichten?

So sind die ausgetauschten Telegramme denn das Wesentliche an der Wiener Kaiserreise nicht; viel bemerkenswerter ist ihre Aufnahme durch die hauptstädtische Presse. Früher brauchte in solchen Fällen irgend ein beglaubigter Offizier nur den Ton anzugeben, und aus allen Blättern bis her an das Zentralorgan der Sozialdemokratie heran, erklangen die Hymnen auf des Dreibundes neue Bekräftigung und auf die wieder einmal bekundete Friedensliebe der deutschen Politik. Dagegen macht sich doch eine starke Wandlung bemerkbar. Man überläßt das Jubeln diesmal der „Norddeutschen“ und dem Blatt des Herrn Scherl; die Zeitungen, die auf eine eigene Meinung Wert legen, sind durcheinander lässig und zurückhaltend. Selbstverständlich hat niemand etwas dagegen einzuwenden, daß der Dreibund formell weiter bestehe, man verspricht sich hier und da wohl auch von dem Depeschewechsel der verbündeten Monarchen eine gute Wirkung auf andere Mächte, die auf Deutschlands Isolierung spekulieren. Der vorherrschende Eindruck ist aber doch, wie es die „Germania“, das Organ der regierenden Partei, grob aber ehrlich herauszusagt: Gottlob, daß es wieder einmal überstanden ist!

In der Tat, man muß froh sein, daß die Reise nach Wien ohne aufregende Zwischenfälle verlaufen ist, äußerlich ganz wie ein freundschaftlicher Besuch ohne politische Nebenabsichten. Man soll deshalb auch lieber keine kleinliche Kritik an den Depeschensätzen üben; nachdem sogar französische Blätter behaupten, Viktor Emanuel habe sich des Ausdrucks „meine Verbündeten“ bedient, ist ja wirklich alles in schönster Ordnung. Man braucht auch an Kaiser Wilhelms Ansprache an den Bürgerherren von

Streukenstein nicht die kritische Sonde zu legen — wozu werden derartige, zwanglose Tischreden überhaupt in alle Welt telegraphiert? Und man darf sich, nachdem dieser Zwischenfall leidlich glatt erledigt worden, wohl daran erinnern, daß die Zukunft des Dreibundes weit weniger an Kaiserreisen und dergleichen gar nicht an Deutschland hängt; sondern zumeist und vor allem an der Auseinandersetzung zwischen Österreich und Ungarn. Können wir uns ruhig einmal den Luxus, Zuschauer zu sein auf dem politischen Welttheater, und warten wir ab, wie sich die inneren Verhältnisse des Donauraumes zu entwickeln versprechen. Darauf kommt für die Gestaltung der mitteleuropäischen Politik viel, viel mehr an, als auf Fürstbesuche, Telegramme und andern Austausch konventioneller Höflichkeiten.

Eine Reichstagswahl-Kasse.

Die sozialdemokratische Zentral-Krieges-Kasse kann für den Monat Mai wiederum über Beträge von rund 47 000 Mark quittieren. 17 000 Mark davon lieferte die „Vorwärts“-Buchhandlung, 15 000 Mark Groß-Berlin a conto seiner acht Reichstagswahlkreise, 6000 Mark der 3. Hamburger Wahlkreis, 3000 Mark der 13. sächsischen Wahlkreis, 2000 Mark das Großherzogtum Hessen, je 1000 Mark die sozialdemokratischen Vereine des 6. und 8. schleswig-holsteinischen Wahlkreises, der 4. sächsischen Wahlkreis usw. Interessant und lehrreich genug für andere Parteien ist es nun, wie diese Beträge — abgesehen von den blühenden geschäftlichen Unternehmungen der sozialdemokratischen Zentralorganisation — erhoben werden und der Zentralkasse zufließen. Aus den Quittungen ist ersichtlich, daß der größte Teil der Lokalorganisationen mindestens 20 pCt. der eigenen Einnahmen an den Wahlfonds der Zentralkasse fließen läßt. Neben den monatlichen regelmäßigen Beiträgen einzelner, sehr begüterter „Genossen“ trägt aber jeder organisierte Genosse sein Scherflein sowohl für die Lokalorganisation wie für die Zentralkasse bei; diese obligatorischen Parteibeiträge überwacht ein genau geregeltes Einziehungssystem und eine scharfe Kontrolle. Nicht minder ergiebig aber fließen die Einnahmen aus wirklich freiwilligen Spenden: es vergeht wohl keine sozialdemokratische Veranstaltung gesellschaftlichen Charakters, bei der nicht der Zentral-Parteifonds gedacht und ihr gern geopfert wird.

Die Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Errichtung einer zentralen Reichstagswahl-Kasse hat sich endlich erfreulicherweise auch bei uns, in unserer Partei, Bahn gebrochen. Wie kürzlich im „Sächsischen Vereinsblatt“ Dr. Arno Günther-Plauen darauf hin, so gebührt dem nationalliberalen Verein zu Köln das Verdienst, als erster praktisch vorgegangen zu sein. Die „Köln. Ztg.“ berichtete vor einigen Tagen darüber. Wir stimmen der „Köln. Ztg.“, die mit uns diesen ersten Schritt zur Bildung einer Reichstagswahl-Kasse freudig begrüßt, vor allem in der Richtung bei, daß solche bei allen möglichen Gelegenheiten veranstalteten Sammlungen außerordentlich erzieherisch wirken: sie lenken die Gedanken der Wähler von selbst auf die Parteinteressen und gewöhnen die national-liberalen Wähler ganz unmerklich daran, nicht nur bei außergewöhnlichen Anlässen einmal von der Partei zu sprechen.

Es handelt sich bei solchen Sammlungen nicht allein darum, die Ortsorganisationen zu stärken, sondern vor allem an der Zentralstelle eine Reichstagswahl-Kasse für das ganze Deutsche Reich zu schaffen, aus welcher die erforderlichen Agitationsgelder für die einzelnen in Betracht kommenden Reichstagswahlkreise flüssig gemacht werden können.

Das erfreuliche Beispiel des Kölner nationalliberalen Vereins wird hoffentlich überall da, wo im großen und kleinen nationalliberale Organisationen vorhanden sind, Nachahmung finden. Es bedarf hierzu keiner umständlichen Satzungsänderungen — eine freigebige Hand und ein frischer, fröhlicher Entschluß hilft der Parteikasse und der Partei vielleicht zur Erreichung praktischer Zwecke besser als lange Erwägungen oder gut gemeinte Ratsschläge.

Mögen von nun an alle nationalliberalen Versammlungen und Zusammenkünfte jedweder Art der „Reichstagswahl-Kasse“ auch wirklich tätig gedenken!

Deutsches Reich.

* Berlin, 8. Juni. (Sozialen aus dem deutschen Kriegerbund.) Der die norddeutschen Bundesstaaten und Elsaß-Lothringen umfassende Deutsche Kriegerbund hat, wie die „Parole“ mitteilt, in den ersten 5 Monaten dieses Jahres zur Unterstützung noseliebender Kameraden, sowie von Witwen und Waisen verforderten Kameraden 91 000 Mark ausgegeben, gegen 62 000 Mark in derselben Zeit des Vorjahres. Die von den einzelnen Vereinen für Wohlfahrtspflege gemachten Aufwendungen sind hierbei nicht mitgerechnet.

— (Deutschland und der französische Marokkowitzensfall.) In einem Berliner Blatt ist die Befürchtung ausgesprochen worden, die Forderungen, die von der französischen Regierung an Marokko gestellt worden sind, um für die Ermordung des französischen Staatsangehörigen Charbonnier Genugtuung zu verlangen, könnten vielleicht die Marokkowitzensfrage wieder aufrollen, weil darin von der Abtretung eines Gebietes die Rede ist, auf dem ein Denkmal für den Ermordeten errichtet werden soll. — Es darf wohl daran erinnert werden, daß eine gleiche Forderung auch von deutscher Seite erhoben worden ist, um den an dem deutschen Förster Genitz begangenen Mord zu sühnen. Die französischen Forderungen enthalten nichts, was gegen die internationalen Vereinbarungen verstößt, und es ist an den maßgebenden Stellen keinen Augenblick ein Mißverständnis in dieser Beziehung aufgetreten.

Ausland.

* Österreich-Ungarn. Das österreichische Abgeordnetenhaus nahm das Militärstrafgesetz an und begann die zweite Lesung der Gewerbe-reform.

— (Die Wahl des Vorsitzenden in der österreichischen Delegation) bracht eine Schlappe für die Deutschen zu werden. Vorsitzender soll Prinz Lubowitsch, ein Herrenhausmitglied, werden, weil das Herrenhaus diesmal an der Reihe ist, den Vorsitzenden zu stellen. Prinz Lubowitsch ist seiner Parteistellung nach ein feindlicher Feind. Die Deutschen

Berliner Streifzüge.

Das Museum für Meerestunde.

* Berlin, 9. Juni

Unser „einziger Freund“, Albert von Monaco, ist in seinen Angelegenheiten — die Spielbank, die ihm sein Ländchen verwaltert sorgt dafür, daß er deren nicht zu wenig hat — bekanntlich ein großer Tiefseeforscher. Der Bekanntheit mit diesem Amateur-Monarchen verbunden wir, zum Teil wenigstens, die Vereinerung Berlins um seine längste Lebenswürdigkeit, das im Frühjahre eröffnete Museum für Meerestunde in der Georgenstraße, nächst dem Bahnhof Friedrichstraße. Es gehört zum Institute für Meerestunde an der Berliner Universität; dafür aber, daß es auch für die Laienwelt mehr als ein Kuriositätenkabinett geworden ist und was Vandratten den wichtigsten Anschauungsunterricht gratis erteilt, dessen wir immer noch bedürfen: dafür hat nicht der sächsische Tiefseeforscher und nicht die Universität, dafür hat das Reichs-Marine-Amt Sorge getragen.

Im Erdgeschosse des roten Ziegelhauses sind die Sammlungen untergebracht, die dem Laien in wenig Stunden ein besseres Verständnis für die deutsche Flotte eröffnen, als die düstern Wälder und die längsten Debatten im deutschen Reichstage. Links vom Eingang betritt man den historischen Saal, der in Bildern, Modellen und Erinnerungstafeln den Entwicklungsgang der deutschen Flotte vorführt. Da sieht man ein Modell des Wltingerbootes, das bei Christiania aufgefunden wurde, da sieht man weiter ein Modell des Drachenschiffes, worin die Normänner ihre fähigen Raubzüge und Kriegszüge ausführten. Man sieht, wie dies primitive Kriegsschiff sich weiter entwickelt zur besser ausgerüsteten Rogge und die ruhmreichsten Zeiten der Hanse steigen auf, da die holländischen Handelsherren den König Waldemar IV. von Dänemark auf Leben und Tod besetzten, der ihnen das blühende Wisby zerstört hatte. Sie waren nicht nur hart und unerbittlich gegen ihre Feinde, die holländischen Handelsherren, sondern auch gegen ihre Gleichen. Dem Wä-

germeister Wittenberg von Lübeck, der die Flotte der Hanse gegen Waldemar leichtsinnig aus dem Spiel gesetzt und verloren hatte, legten sie den Kopf vor die Füße; und dann rühten sie nicht, bis sie Dänemark gebändigt und den König aus seinem Lande gejagt hatten, so daß seine Regenjacke sich von den Bürgermeistern von Lübeck dem Frieden mahle diktieren lassen.

Nach dem Niedergange der Hanse folgt ein neuer, verheerender, leider aber nur kurzer Aufschwung unter karvanen-burgischer Flagge; mit holländischem Material: ein Stein von den Trümmern der alte Grob-Friedrichsburg erinnert schmerzlich an schöne, aber verdaunte Gelegenheiten. Und nochmals folgt eine Zeit verfehlter Kreuzfahrten; davon gemahnt der Säbel des ersten deutschen Admirals, des wackeren Trompa, der an der Dalkheit und Ohnmacht der Frankfurter Parlamentswirtschaft zu Grunde ging. Aber nicht daneben hängt der Säbel des Preußen-dringen Adalberti, und nun ruht die Sache der deutschen Flotte wieder in den richtigen Händen, da nämlich, wo die Macht und der Wille waren, Neues zu schaffen und alle Wünsche durchzuführen. An schwierige Anfänge erinnert ein Modell der Amazona, die mit Kanon und Maus unterging; an die schweren Opfer erfolgreichen Fortschreitens ein Modell der Redutens, die 1800 im Teufel unterging, als ein preussisches Geschwader die erste deutsche Geländeschiff nach China und Japan brachte. Mit wehmütigen Gefühlen betrachtet man auch einen Flaggenschiff vom Großen Fürstentum, der im Kanal unterging, und Reste vom Wrood des Illis, der mit einem dreimaligen Hurra auf den Kaiser am Schanung Promontorio scherterte. Erfreulicher leben sich schon die Städte vom neuen Illis an, die ehrenvolle Wunden aus dem Kampf um die Talsfordt tragen.

Welche Stufen führen vom historischen Saal in den Lichtsaal hinab, von der ruhmgekrönten oder schwer ringenden Vergangenheit zur entschlossenen aufstrebenden Gegenwart. Das Hauptstück ist dort eine 5 Meter breite und 6 Meter lange Witrine, die eine Pinien-schiffsbauweise im Hafen zeigt, nebst den zugehörigen Booten. Die Modelle, in 1/10 der natürlichen Größe gearbeitete, stellen die Flottille, vom neuesten 13 000 Tonnen Tav, die ältere

Wörth, die stolzen einnimmt, und zwei Schiffe der Kaiser-Klasse dar. Kaiser Karl der Große hat „Nar zum Gefecht“ gemacht, das Red ist glatt gefegt von allem entbehrlichen Krimschraus, alle Ruden sind geschliffen, und nur die ultima ratio regio, das lang an dem Kanonturm oder der Kanonmaße hervorragende Geschützrohr beherrscht die Stunde; sogar vor diesem kleinen Modell überkommt den Beschauer eine Ahnung vom tiefen Ernste des Augenblicks, wenn das Signal „Nar zum Gefecht“ gegeben wird. Eine Freude aber ist es, Jungdeutschland vor diesen Trägern deutscher Seegewalt zu beobachten; die Augen blitzen, der Mund wird nicht müde, den älteren Begleiter mit Fragen zu drangsalieren, worauf dem meist die Antwort fehlt, und Jungens von der Waterkant jerrn Väter und Mütter stolz und eifrig zu den Modellen der Schiffe, die sie selbst hoffig im Wasser haben schwimmen sehen. Und sieh, da gehen auch ein paar junge, gutgekleidete Arbeiter; wetten, daß das organisierte, ziel- und Klassenbewußte Genossen sind? Mit lebhaftem Interesse und erichtlich größerem Verständnis als mancher „Bildungsphilister“ zeigen sie einander die ausgestellten Gegenstände; aber ihre Gefühler betreten keine Spur von dem Abstoßen und der Enttäuschung, womit ihr Herr und Meister Nebel jahraus jahrein gegen den „Noloch Marxismus“ donnert. Ach nein, das junge Geschlecht, das unter uns heranwächst, wird sich zu dem Schwimmen den Deutschland anders stellen als seine Väter, denen die Liebe zur Flotte erst mühsam abgerungen werden mußte.

Nach beherbergt der Lichtsaal eine große Zahl von Modellen unserer Kriegs- und Handelschiffe, und es wäre nur zu wünschen, daß mit der Zeit auch typische Fahrzeuge fremder Marinen hinzukämen. Ein schmaler Gang zur Seite des Lichtsaales enthält die Nachbildung von Schiffsräumen des altenSchuldriffes Niobe, wobei mancherlei originale Ausrüstungsstücke verwendet worden sind. Man sieht die enge Kammer des Navigationsoffiziers, die Kabettentische mit Tisch-, Stuhl- und Schreibtisch aus einem Stück und den Hänge-matten zum Schlafen darüber, die Kommode (Küche), das Lagerbett, die Bottiererei (Kantine) und andere Räume, wovon die Landratte nur einen mangelhaften Begriff mitbringt. In einer Galerie do-

hatten sich deshalb auf Dr. Spilvester als Vizepräsidenten geeinigt, die Slaven und die Italiener schlossen dagegen einen Bloch und werden als Gegenantragsgeber den Polen Abrahamowitsch aufstellen; da diesem Bloch gegenüber die Deutschen in der Minderheit sind, wird das Präsidium der österreichischen Delegation mit zwei Slaven besetzt werden, die Deutschen würden ausgeschlossen sein.

* Italien. (Der Vatikan) hob den katholischen Studentenverein in Rom wegen seiner verächtlichen Tendenzen auf.

* Vereinigte Staaten. (Präsident Roosevelt) ließ dem Kongress einen Bericht der Kommission des Ackerbaudepartements über die Zustände in den Fleischschlächtereien von Chicago zugehen. In dem Begleitschreiben stellt Präsident Roosevelt fest, daß dieser Bericht im wesentlichen nicht mit dem Bericht der Kommission Reiss und Reynolds, den er dem Kongress schon zugehen ließ, in Widerspruch steht. Roosevelt übersandte ferner einen ihm von glaubwürdiger Seite kürzlich zugegangenen Brief, in dem die fast komische Hast beschrieben wird, mit der die Fleischschlächter zur Zeit bemüht sind, die Zustände zu verbessern. Der Präsident fügt aber hinzu, es sei genug aufgedeckt, um die sofortige Erweiterung der Regierungsbefugnisse bezüglich der Aufsicht über die Herstellung sämtlicher Fleischprodukte zu rechtfertigen, ob sie nun für den heimatischen Bedarf oder für den ausländischen Handel bestimmt sind.

Badische Politik.

3. Karlsruhe, 8. Juni. (Aus der nationalliberalen Partei.) Der hiesige nationalliberale und jungliberale Verein hatten auf heute Abend ihre Mitglieder zu einer Versammlung eingeladen, um eine Aussprache über die Personentarifreform herbeizuführen. Der Vorsitzende des natlib. Vereins, Landtagsabg. Rehm, erteilte das Wort dem Abg. Dr. Prinz, dem Chef der nationalliberalen Fraktion, der sich zuerst über die allgemeine politische Lage in Baden verbreitete und einleitend feststellte, daß erreicht worden sei, was die Badische Politik angeht: die Verhinderung der parlamentarischen Vorkriegsherrschaft des Zentrums. Die Badischen seien sich aber innerlich politisch näher gekommen, wenn auch eine programmatische Einigung nicht erfolgt sei. Überall aber habe sich das reblische Bestreben kund gegeben, verständig zu wirken und allmählich das gesamte liberale Bürgertum zu einer einheitlichen Haltung zu vereinigen. Wir haben behauptet, daß in Lörrach eine nationalliberal-merikal-sozialdemokratische Koalition gegen die Freisinnigen sich gebildet hat und so viel an und gegen und uns zugestanden, haben wir getan, um dieses bedauerlich. Vorkommnis hintan zu halten; doch kann auch nicht bestritten werden, daß bei Gemeindevahlen oft lokale Konstellationen den Ausschlag geben. Zur Beilegung des Landtags übergehend, gab Redner inbezug auf das Schulgesetz die Hoffnung nicht auf, daß die maßgebenden Faktoren zu der Ueberzeugung gelangen, daß nur mit Einreichung der Lehrer in den Gehaltsstarif eine wirklich erspriechliche und befriedigende Lösung der Schullehre herbeigeführt werden könne. Zur Personentarifreformfrage übergehend, bedauerte der Redner, daß der Plan der Reichsbahn kein Verständnis gefunden und heute bei den preussischen Eisenbahnverhältnissen fast unübersehbar sei. Daß die Betriebsmittelgemeinschenschaft nicht zustande gekommen auf Grund der Waise der geführten Verhandlungen, brande Baden nicht zu bedauern, da der Eih der Verwaltung zweifellos nach Verin gekommen sei. Eine Einheitsliste der Tarife sei wünschenswert, doch müße bei der jetzt vorliegenden Vereinbarung, die ja bekannt, festgestellt werden, daß dieselbe jeden Augenblick zurückgezogen werden könne. Redner erläuterte sodann die geplante Reform, die wir als bekannt voraussetzen dürfen. Redner führte aus, daß man ohne bringende Notwendigkeit das Kilometerbest nicht preisgeben dürfe, wenn es auch vom sozialen Standpunkt nicht ganz einwandfrei sei. Seine Fraktion sei aber der Ansicht, daß die badische Regierung bei Zulassung des Zwei-Klassenstarifs für die dritte Klasse nicht allein eine Sonderstellung einnehmen könne, um so weniger, als die beschleunigten Personentarife mit dem Zwei-Klassenstarif verwechselt werden sollen. Es sei schwerer Wert mühten gebracht werden, und so werde es für heute noch eine offene Frage sein, ob wir endgültig zustimmen. Die Meinung in Abgeordnetentreisen bestehe aber, daß man hier einmal zugreifen solle, zumal der Anfang gemacht werde mit dem Zwei-Klassenstarif für die dritte Wagenklasse, wobei die Erwartung ausgesprochen werden könne, daß die Entwicklung nicht abgeschlossen und daß endlich das Reich sich zur Aufgabe stelle, den Verkehr zu fördern. Bemerkten möchte er noch, daß für den Zwei-Klassenstarif eine Fahrkartensteuer nicht zu bezahlen sei. Redakteur Ehrlichmann-Mannheim, ein Vertreter der Jungliberalen, glaubte bemerken zu sollen, daß die nationalliberale Fraktion den liberalen Standpunkt nicht immer so heroisch geteilt habe, wie man nach den Landtagswahlbündnissen hätte erwarten sollen. Vor allem aber sei die Haltung der Nationalliberalen in der Frage der Personentarife zu beklagen und deshalb müsse man Protest erheben

gegen die verkehrspolitischen Beschlüsse der Budgetkommission, um so mehr, als auf dem letzten Vertretertag der Jungliberalen erklärt worden war, daß die Nationalliberalen auf ihren Beschlüssen vom letzten Landtag stehen bleiben würden. Die Budgetkommission habe sich nicht auf ihre liberalen Prinzipien besonnen, sondern sich in das Schlepptau der reaktionären Preußen gegeben. Die neue Reform bedeute eine ganz eminente Verkehrsverbesserung, gegen die man ganz entschieden Front machen müsse. Er schloß folgende Resolution vor: Die heutige Beschlüsse der Budgetkommission über die Beschlüsse der Budgetkommission der 2. Kammer in der Frage der Tarifreform aus. Sie kann sich nicht zu der Ueberzeugung bürdigen, daß der in der vorgeschlagenen Form in Aussicht gestellte Zwei-Klassenstarif ein Äquivalent für die billigen Kilometerbestände sei. Sie spricht ihr Erwarten aus, daß die nationalliberale Fraktion gemäß den früheren Versprechungen auf den Beschlüssen des letzten Landtages in der Tarifreform beharrt. (Zehlfacher Wechsel bei den Jungliberalen.) Parteisekretär Siegler rekrutiert die Anmerkungen des Vorredners inbezug auf seine Ausführungen auf dem Vertretertag der Jungliberalen, die dahin gegangen, daß die Nationalliberalen einer Reform zustimmen werde, die für die dritte Klasse den Zwei-Klassenstarif bringen werde. Redner Max Müller tritt für die jegliche Reform ein, die durchaus nicht so schreckhaft sei, wie Redakteur Ehrlichmann ausgeführt. Die Einreichung der beschleunigten Züge könne man im Interesse des Mittelstandes nur begrüßen. Was aber Baden die Tarifreform nicht mit, so riskiere es ganz bedeutende Ausfälle durch Umfahren der Züge. Baden würde politisch höchst unklug handeln, wenn es die Rolle desjenigen spiele, der nichts annehme, wenn er nicht alles bekomme. Der Redner schloß eine in diesem Sinne gehaltene Resolution vor, die sich für die Reform der Regierung, wie sie die Budgetkommission angenommen, ausdrückt. Stadtrat Kölsch meint, man sollte eigentlich heute ein ernstes Wort mit den Reichstagsabgeordneten unter unserer Partei sprechen, die für die Fahrkartenerhöhung gestimmt. Er halte es für das Beste, heute keiner der eingebrachten Resolutionen zuzustimmen. Oblicher sprach ferner scharf gegen die Uneinigkeit und ermahnte zur Einheit im Interesse der Partei, worauf um 1 Uhr ohne Abstimmung die Sitzung geschlossen wurde.

* Karlsruhe, 8. Juni. (Die Budgetkommission der Zweiten Kammer) beschloß einstimmig, die Regierungsvorlage betr. Ankauf der Rebenbahn Lahr-Dinglingen und die Position betr. den Neu- bzw. Umbau der Bahnhöfe Lahr und Dinglingen zu genehmigen. Die Position des Stadtrats Lahr beantragt die Kommission in dem Sinne empfehlend zu überweisen, daß die Regierung in eine nachmögliche Prüfung der Frage der Straßenüberführung eintritt und dem Wunsch der Stadt Lahr Rechnung trägt, ferner, daß zwar von einer Kurve nach Süden abgesehen werden solle, die Regierung aber durch Einführung von Lokalzügen von und nach Lahr der Stadt Lahr entgegenkomme.

Badischer Landtag.

1. Kammer. — 16. Sitzung.

(Von unserem Karlsruher Bureau.)

Karlsruhe, 9. Juni.

Präsident Prinz Karl eröffnet 10 Uhr 10 Min. die Sitzung. Am Regierungstisch Staatsminister Freiherr von Dusch und Regierungskommissare.

Der Sitzung wohnte wiederum der Erbgroßherzog bei. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der allgemeinen Beratung über das

Schulgesetz.

Bürgermeister Weib: In der 1. Kommissionssitzung habe ich den Wunsch geäußert, daß der Entwurf des neuen Lehrplans vorgelegt werde; leider ist uns der Entwurf nicht vorgelegt worden, obwohl er bereits gedruckt ist. Man hätte uns Gelegenheit geben sollen, uns hier zu informieren, welche Veränderungen im Lehrplan beabsichtigt sind. Wir sind so in der gleichen Lage, wie einer der höchsten Richter einlauft, wir wissen hier bei der Annahme des Schulgesetzes nicht, was für die Volksschule im neuen Lehrplan herausspringen wird. Redner geht allbald auf die einzelnen wichtigeren Bestimmungen des Entwurfs ein. In den Zusammenlegungen verschiedener Klassen zu einer einzigen können wir eine endgültige befriedigende Lösung nicht erblicken; es muß dahin abgewartet werden, daß jede Klasse einen besonderen Lehrer hat. Wir werden den § 14 so annehmen, wie er vorgeschlagen ist, dabei aber ausprechen, daß wir uns in einem Uebergangsstadium befinden. Man hat viel von Wohlwollen für die Lehrer gesprochen, ich höre das Wort „Wohlwollen“ nicht gern, weil es wie Mitleid klingt. Die Lehrer kommen hier mit Forderungen, sie erklären, daß sie zu wenig erhalten für die von ihnen geleistete Arbeit. Das Angebot an Lehrern ist in letzter Zeit quantitativ und qualitativ hinter der Nachfrage zurückgeblieben; diesem Uebelstand müssen wir ein Ende bereiten, indem wir die Forderungen der Lehrer erfüllen. Deswegen bin ich auch stets für die Einreichung der Lehrer in den Gehaltsstarif

gewesen; es liegt gar kein Grund vor, diesem Wunsche nicht zu entsprechen. In den Mittelschulen laufen die Lehrer ja auch im Gehaltsstarif; ich sehe gar keinen Grund ein, warum das nicht auch bei der Volksschule der Fall sein kann. Deswegen bleibt die Volksschule nach wie vor Gemeindefunktion. Die Ablehnung in den Gehaltsstarif ist nicht genügend motiviert, weshalb ich gegen die Kommissionsanträge der 1. Kammer in diesem Punkte stimmen werde. Bezüglich der Zulagefrist ist es Wunsch der Lehrer gewesen, auch hier mit den Beamten gleichgestellt zu werden. Eine Kompensation für Beamte in kleineren Gemeinden gegenüber den in größeren Städten kann doch nur eben auf finanziellen Gebiete gefunden werden. Es würde daher zu empfehlen sein, das Höchstgehalt der Lehrer mit dem 21. Dienstjahr erreichen zu lassen. Das Höchstgehalt der Lehrerinnen ist gegenüber den Beschlüssen der 2. Kammer um 200 M. erhöht worden. Die Bezahlung kann nicht nach den Bedürfnissen des Betreffenden, sondern nur nach dessen Leistungen vorgenommen werden. Die Lehrerinnen mögen manche Mängel haben, welche die Lehrer nicht haben; allein durchschnittlich stehen sie hinter den Lehrern nicht zurück, jedoch der Beschluß der Schulkommission wohl zu rechtfertigen ist. Auch hinsichtlich der Gemeindefunktion habe ich in der Kommission gebeten, nicht mit „Wohlwollen“ zu operieren. Die Gemeinden wollen nur ihre Rechte. Man hat gesehen, daß in der letzten Zeit an den Rechten der Gemeinden sehr viel abgedrückt ist, jedoch in wachsendem Maße mit Lasten beladen worden sind. Wenn dies so weiter geht, wird man die Entwicklung zur Staatschule nicht aufhalten können. Die jegliche Entwicklung ist für die Gemeinden eine durchaus lästige. Die Gemeinden hätten schon reichlich zu tragen, wenn sie nur die Lasten außer den erhöhten Beiträgen für die erhöhten Lehrerbürokraten müßen. Obwohl ich bezüglich der Gemeindefunktion den Beschlüssen der 2. Kammer zustimmen möchte, werde ich doch dem Kompromißantrag des Herrn von Laroche zustimmen, weil ich diesen Antrag für ausfahrreicher erachte. Wenn wir etwas tun wollen, was den Schulen nicht, so dürfen wir die Gemeinden nicht allzusehr belasten. Wenn die Regierung erlläre, sie könne den Gemeindefunktionen nicht bestimmen und würde in dieser Forderung die Volksschulvorlage scheitern lassen, so könnte man durch solche Erklärungen den Parlamentarismus sabotieren. Ich will mich nicht an eine private Äußerung des Staatsministers halten, welche lautet: „Berücksichtigen daß man nicht.“

Staatsminister Freiherr von Dusch: Ich muß es prinzipiell ablehnen, persönliche Gesprüche in die parlamentarische Debatte hineinzubringen. Was bleibt der Regierung übrig, als zu erklären, daß für sie gewisse Anträge unannehmbar seien. Die Regierung muß sich verbitten, daß ihr vom Bürgermeister Weib unterstellt wurde, sie habe den Gemeinden das Grundbuch „abgeschafft“. Es ist an mich das Ersuchen nicht gestellt worden, der Kommission den neuen Lehrplan vorzulegen. Die Regierung hat abfolgt der Kommission Material nicht vorzulegen wollen. Ich meine, Wohlwollen hat nicht Verlethendes an sich; ich will gern an dieses Wortes Stelle die Worte „Billigkeit und Gerechtigkeit“ setzen. Unter dem Gesichtspunkt wirtschaftlicher Kämpfe dürfen wir die Forderungen der Volksschullehrer nicht betrachten. Mit dem Volksschulgesetz glaubt die Regierung alles getan zu haben, was der Billigkeit und Gerechtigkeit entspricht. Ich verstehe nicht, wie Herr Bürgermeister Weib dazu kommt zu sagen, daß die Lasten für die Gemeinden lästige seien. Ich bitte, die Kommissionsanträge anzunehmen, welche eine gerechte und billige Mittelnie darstellen.

Erzengel Dr. Berlin: Im ganzen stehe ich auf dem Boden der Kommissionsbeschlüsse, nur kann ich mich nicht der Resolution zu § 22 fügen, welche ein Ablehnungsrecht der Gemeinden involviert. Dieses Ablehnungsrecht ist nicht im Interesse der Gemeinden gelegen. Es könnte sonst geschehen, daß ein Lehrer aus ganz richtigen Gründen abgelehnt wird. Die Resolution, die der Kammer vorgelegt ist, trägt den Wünschen bezgl. der paratellen Aufbesserung der Lehrer mit den Beamten Rechnung; die Einreichung der Lehrer in den Gehaltsstarif ist darum nicht erforderlich. Die Aufnahme in den Gehaltsstarif ist keine Ehrenfrage, sondern nur eine Existenzfrage. Ich will nicht haben, daß aus dem Lehrer als einem Gemeindebeamten ein Staatsbeamter würde. Die erste Forderung der Lehrer in ihrem Verhältnis zu den Gemeinden würde die Einreichung in den Gehaltsstarif sein. Der Meinung des Oberbürgermeisters Weib, die Volksschule sei schon Staatschule, muß ich entschieden gegenüber treten. Hier muß ich den Oberbürgermeister Weib entschieden vor dem Aho. Weib in Schutz nehmen. Die Regelung der Gehälter bezgl. des Minimal- und Maximalbetrages ist je nach den Wünschen der Lehrer geregelt. Wenn wir den Kompromißantrag der Regierung bezüglich der Zulagefrist annehmen, so treten die Lehrer hinsichtlich der Bezahlung an die Spitze ihrer Kollegen im ganzen Reich. Das war für uns entscheidend, dem Antrage der Regierung beizutreten. Die von der Zweiten Kammer vorgeschlagenen Sätze der Gemeindefunktion sind viel zu niedrig; ich bitte auch hier die Kommissionsbeschlüsse anzunehmen. Was die Anträge des Herrn von Laroche angeht, so werde ich gegen diese stimmen.

über die Entwicklung der Schiffschiffen an Modellen vorgeführt, Rängs- und Querschnitte von Kriegsschiffen und Dampferdampfern geben eine anschauliche Vorstellung vom Bau und der Inneneinrichtung moderner Schiffsräume. In einem anschließenden Räume sind Schiffschiffe und ihre Munition aufgestellt, und man lernt die fürchtbare Waffe des Torpedos in ihrer Einrichtung und Handhabung genau kennen. Wieviel Zeitungsleser, die die Berichte über die letzten Torpedostöße der Japaner auf die russische Flotte eifrig studierten, haben wohl eine bestimmte Vorstellung davon, wie groß ein Torpedo ist und was für eine komplizierte Maschine diese schwimmende Sprengbombe enthält? Ungemein interessant sind auch die oberen Räume des Museums, die der praktischen Ausbildung und der wissenschaftlichen Erforschung des Meeres gewidmet sind. Es ist doch ganz läßlich, einmal zu sehen, mit welcher verschmitzten Mitteln der Düring ins Reg getrieben wird oder was für ein Stilleben die Küster auf ihrer Bark führt. Korallen-, Perlen- und Schwanmilcherei, Wal- und Robbenfang, und all die verschiedenen Industrien, die sich daran knüpfen, werden dem Verständnis hier auf eine leichte und unterhaltende Art nahe gebracht. Den ganzen Reichtum des Museums zu erschöpfen, kann selbstverständlich nicht der Zweck dieser Skizze sein. Aber der und Dener, den die Sommerreise heuer nach Berlin führt, ist doch vielleicht nicht ungern darauf aufmerksam gemacht, was es hier zu sehen gibt. Beider ist das Museum nur an zwei Wochentagen geöffnet; dem Besuche nach zu urteilen, wäre bis Dinstag wenigstens an einem dritten Tage wohlangebracht.

Dr. Dylens.

Tagesneuigkeiten.

Die letzten Kunde können sich wirklich nicht beklagen. In der Landeshauptstadt, nahe dem Zoologischen Garten in Berlin, belicht seit einiger Zeit ein Redakteur, das Wesen der Verleumdung der Gunde dient, die heute schon über Palast, Baden, Staub- und Meermantel, Gummischuhe und andere Requisiten des Kulturmens-

chen verfügen. Jetzt ist eine neue Einrichtung dazu gekommen, die von vielen Menschen bisher vergeblich ersehnt wird, ein komfortabel eingerichtete Bad. Ein Herrort in der Louisenstraße empfängt diese Badeanstalt für Hund in einem Prospekt, dem wir folgende Sätze entnehmen: „Die Räume sind mit leicht abwaschbaren Wänden verkleidet. Das Wasser in der gedämmten Wanne ist schnell erwärmt, ehe der Hund ungeduldig wird. Dann lassen ihn kühnliche Wärter liebevoll, gründliche Säuberung angeheben, das beste Mittel gegen die vielen, zum Teil aus auf Menschen übertragenen Hautkrankheiten, denen der Hund ausgelegt ist. Nach Beendigung des Bades macht das Tier nicht lange das Mögliche Gefäß des „begossenen Wabls“. Zwei Schläuche eines Trockenapparates führen den Rest mit Gasflammen erdichte Luft zu, so daß der Hund, ohne die Zeit seines Begleiters lange in Anspruch zu nehmen, bald wieder vollständig trocken die Anstalt verlassen kann. Vorher aber ist er, um aus dem Jungbrunnen wirklich als ein „anderes“ Tier hervorzugehen, dem Hundebesitzer übergeben.“

Die Schrecken von Konjuich. Nach Meldungen Londoner Blätter haben sich verschiedene Anarchisten, darunter auch Malatesta, dahin geäußert, daß die Attentate gegen König Alfons von Spanien Malatesta seien für die entscheidende Behandlung, welche die ersten in Barcelona verhafteten Anarchisten in der Festung Monjuich unterworfen wurden. Daß König Alfons damals noch ein Kind und ohne Einfluß auf die Vorgänge in Monjuich war, hindert die katalanischen Anarchisten nicht, sich jetzt an ihm zu rächen. Man weiß — alle Zeitungen berichten seinerzeit darüber — daß die gefangenen Anarchisten in der Festung Monjuich auf die unmenslichste Art gefoltert wurden. Viele wurden durch die Tortur zu Krüppeln gemacht. In Katalonien, dessen Bevölkerung als die reichste ganz Spaniens gilt, sind diese Vorgänge noch unergessen und die direkte Ursache zu den vier Anschlägen, die seit dem Jahre 1902 gegen König Alfons unternommen wurden, in ohne Zweifel die schreckliche Behandlung der Anarchisten in Monjuich.

Eine neue Art des Zweikampfes. Die fortschreitende Zivilisation verfeinert die Sitten der Menschheit zusehends. Jetzt ist man schon dazu gekommen, eine neue Art des Duells anzunehmen, bei der

fogar bei Willkür Ausgange der Kampf vollkommen unblutig verläuft. Einen solchen vom Standpunkt der Menschlichkeit gewiß als Fortschritt zu begründenden Zweikampf schildert ein französisches Blatt in folgender Weise: Der Chefredakteur eines römischen Blattes erhielt eines Tages folgendes Schreiben: „Da man keine Jungen einem Schult, wie Sie sind, nicht schickt, so überlege ich Sie durch diesen Brief. Betrachten Sie sich also von mir als auf beide Seiten groberheit, und danken Sie Gott, daß ich Sie nicht mit einem Stock gegähigt habe.“ Der also Angegriffene zog seinen Redakteur und — antwortete: „Unvergleichlicher Rämde. Ich erlaube Ihre Bitte und danke Ihnen herzlich für die an Stelle mitleidigen Probe übersandten schriftlichen Raufschellen. Da Sie mich brieflich groberheit haben, schicke ich Ihnen sechs Revolverkugeln in den Schüdel und töte Sie. Betrachten Sie sich also als tot, wenn Sie die letzte Zeile dieses Schreibens gelesen haben. Ihren Leidens beikens grüßend.“

König Alfons über das Attentat. Ein Korrespondent des „Daily Telegraph“ hat von einem Hofmann, der einen Bericht über das Attentat von dem König eigenen Lippen hörte, Mitteilungen empfangen. Der König erzählte, wie die Karosse nur sechs langsam vorwärts gekommen sei und die Königin, tief gerührt von den Ovationen, ihr Haupt aus dem Fenster des Wagens beugte und mit ihrer Hand nach der rechten Seite hin Grüße zumachte. Auf der Plaza de la Bellavista machte der König die Königin darauf aufmerksam, daß dort nach dem Volke zu auf der linken Seite die öffentlichen Gebäude lagen. Die Königin wandte sich darauf unwillkürlich nach links, wo der König sah. Diesem geringfügigen Moment allein verdankte die Königin ihr Leben, weil sie sich dadurch von dem Fenster an der rechten Seite fortbewachte und mit der Hand auf der linken Seite zum Wagen herauswinkte. Als die Explosion stattfand, sei des Königs erster Gedanke gewesen, ob der Königin etwas geschehen wäre. Er nahm ihre Hand zwischen seine Hände, küßte sie und fragte ängstlich: „Bist Du oermundert?“ Eine blinde Frau zu ihrem Gatten und antwortete: „Nein, ich bin nicht verletzt. Ich schändere es Dir.“

Landgerichtspräsident D o r n e r: Zunächst wollte ich die Vorlage ablehnen, um aber die Arbeit der 2. und 1. Kammer nicht nutzlos zu machen, habe ich mich bereit gefunden, dieser Arbeit zum Erfolg zu verhelfen. Die Regierung hätte sich wohl auf den Standpunkt stellen können, daß die Lehrergehälterverhältnisse so eng mit der Regelung der Beamtengehälterverhältnisse zusammenhängen, daß sie diese Regelung erst bei der Revision des Gehaltstarihs vorgenommen hätte. Es gereicht der Regierung zu hohem Lob, daß sie die Regelung der Gehälterverhältnisse der Lehrer schon jetzt vornehmen will. Die größten Bedenken habe ich gegen § 14 bezüglich der Höchstzahl der Schüler. Die Begrenzung ist hier zu einseitig gegrieffen; ebenso bedenklich ist die Zusammenfassung verschiedener Klassen zu einer einzigen. Die Erweiterung der Unterrichtszeit sollte nicht so in Pausen und Wogen vorgenommen werden. Die Festlegung der Höchstschülerzahl auf 70 birgt viele Gefahren in sich: es wird durch diese Begrenzung die Gefahr heraufbeschworen, daß unadäquater Lehrpersonal zur Anstellung gelangen muß, um den Lehrerberuf zu decken. Bezüglich der Lehrergehälter und der Zulagefristen hätte ich wohl begrüßt, wenn statt der Zulagen von 160 M. solche von 200 M. gesetzt worden wären, allein die Finanzlage steht hier eine Schranke. Mit der Einreichung der Lehrer in den Gehaltstarih hängt die Ehre der Lehrer absolut nicht zusammen; ich trete den Kommissionsbeschlüssen völlig bei, ebenso hinsichtlich der Gemeindebeiträge.

Stadttrat D o e d l e r meint, daß die Kinder mit viel Unanheim in der Schule belastet würden. Sie wüßten ganz genau, wo der Hafen am Algeffras liegt, wenn man aber in die Auffahrtsteleide, da wimmelt es vor Fehlern. Redner bespricht dann den Gesetzentwurf in seinen wichtigeren Bestimmungen. Die Beanstandungen wegen der Häufigkeit der Lehrerinnen seien durchaus unbegründet. Die Erfüllung der Lehrerwünsche halte ich nicht für Wohlwollen oder für Gerechtigkeit, sondern für eine Pflichterfüllung. Die Staatschule ist für mich kein Ideal, eine Entwicklung zur Staatschule würde ich nur bedauern. Die Relation, die eingebracht ist, um ein Ablehnungsrecht für die Gemeinde zu statuieren, halte ich nicht gerade für besonders glücklich gefaßt. Hinsichtlich der parallelen Aufbesserung der Lehrer mit den Beamten würde ich der Resolution der Kommission beistimmen.

Herr D o r n e r: Unsere Volksschulen erreichen hinsichtlich des Lesens, Rechnens, Singens usw. daselbe wie die Schulen anderer Staaten mit mehr Unterrichtszeit, wir stehen diesen Schulen aber nach hinsichtlich des Schreibens, des Aufschreibens usw. Die Unterrichtszeit soll künftighin von mindestens 16 auf mindestens 20 Stunden wöchentlich heraufgesetzt werden. Der neue Unterrichtsplan enthält außer dieser Bestimmung nur technische Sachen; er will den Unterricht vertiefen, wie er auch den Schülern eine Erleichterung bringen wird. Es soll mehr Wert gelegt werden auf den Anschauungsunterricht, der allerdings größere Anforderungen an den Lehrer stellen wird.

Herr D o e d l e r bittet den Minister, der Ersten Kammer den neuen Unterrichtsplan vorlegen zu wollen. Ich habe bisher nicht den Eindruck gehabt, daß unser Volksschulwesen rückständig ist. Der Schwerpunkt unserer Vorlage liegt in der Frage der Einreichung der Lehrer in den Gehaltstarih. Im Interesse des Staates, der Gemeinden und der Lehrer selbst liegt die Einreichung der Lehrer in den Gehaltstarih. Die Gemeinden meines Preisens haben alle erklärt, sie zahlten gern die erhöhten Gemeindebeiträge, wenn die Lehrer nur nicht in den Gehaltstarih aufgenommen würden. (Heiterkeit.) Diese Gemeinden geben noch etwas mehr auf ihr Aufsichtsrecht über die Schule als der Herr Oberbürgermeister Bed. Die Resolution darüber, daß der Gehaltstarih nicht mit glücklicher zu sein, als die von der Kommission vorgeschlagene Resolution. Im übrigen stimme ich den Kommissionsbeschlüssen bei.

Hierauf wird die Sitzung abgebrochen. Gemeldet sind noch 5 Redner.

Schluß der Sitzung 1/2 Uhr. — Nächste Sitzung: Heute nachmittags halb 4 Uhr.

92. Sitzung der 2. Kammer.

Karlsruhe, 9. Juni.

Präsident Dr. W i l d e n s. Am Regierungstisch Minister S c h e n k e l und Kommissare.

Eingegangen ist eine Petition der Stadt Neustadt i. S. am Aufhebung des Entfernungsausfalls für die Bahnarbeiter auf der Hüllentalbahn; ferner der Antrag zum Budget und ein Schreiben des Staatsministers mit der Erklärung der Vereinwilligkeit zur Beantwortung der Interpellation über die Vorgänge in Eichenheim.

Das Budget des Wasser- und Straßenbaues.

Geheimrat G o n s e l l: Die Verhärtung des Mannheimer Damms zum Schutz gegen Hochwasserständen werde vom Ministerium erwogen, doch sei die Frage, bei der ländliche und städtische Interessen in Betracht kämen, nicht ohne weiteres zu lösen. Der Redner geht sodann auf eine Reihe von Fragen und Anregungen ein und erläutert die Stellung der Regierung zu denselben.

Herr W e i d h a u p t (Zit.) berichtet einzelne Mängel an den Straßen in seinem Wahlbezirk und verbreitet sich über die Bekämpfung auf dem hohen Schwabwald, die besser im Frühjahr statt im Spätherbst vorgenommen werde.

Herr W e i s e r (nall.) verbreitet sich gleichfalls über die Nachteile der Besatzung im Herbst und bespricht das Beschloß. Mit Genugtuung habe er die noch für diesen Landtag geplante Aufbesserung der Landstrassen begrüßt.

Herr S c h o l e r (Zit.) führt aus, daß die in Aussicht genommene Aufbesserung von 20 000 Mark für die Straßenwerke zu begrüßen sei, wenn die Summe auch nicht besonders hoch sei. Bei den technischen Kommissaren möchte er ein größeres Studium der sozialen Frage befürworten. Redner schließt mit dem Vorbringen einer Reihe von Wünschen für das Frankenthal in bezug auf den Ausbau der Straßenanlagen, wobei er eine Schwärzung der Gemeinden empfiehlt, die nicht besonders wohlhabend genannt werden dürfen.

Herr D a n s c h a c h (Konf.) gibt gleichfalls der Genugtuung Ausdruck über die Aufbesserung der Straßenwerke, bei denen man in bezug auf Neuaufstellung zur Beförderung eigener landwirtschaftlicher Arbeiten eine lokale Haltung einnehmen sollte. Endlich tritt Redner für die Brückenarbeiter ein, die vor allem in den Gehaltstarih eingereiht werden sollten. Für die Landstrassen im Bezirk Rodbach bittet er um Anwendung des Beschloßes.

Herr S i r k e n m a y e r (Zit.) hat gleichfalls lokale Wünsche und begrüßt mit besonderer Genugtuung die geplante Aufbesserung der Straßenwerke.

An der weiteren Debatte beteiligen sich die Abgg. S c h m u n d, R e h n e r, der gegen den Abg. V e n s e n polemisiert, der kürzlich abermals eine „Uniformrede“ gehalten, so daß es fast den Anschein habe, als wolle sich derselbe zum Militärischen durchmanieren. (Heiterkeit.)

Herr B e n e d e c k polemisiert gegen den Vorredner, der mit billigen Spott und Ironie Reden behandelt, die sich um Uniformen beworben. Der Redner hätte auch besser nicht von Mauerwerk gesprochen, denn die Zentrumsparthei habe seit 1880 ein politisches Mauerwerk durchgemacht, die es gefährlich erscheinen lasse, von Mauerwerk anderer Leute zu sprechen. Redner kommt sodann nochmals auf die konstanter Angelegenheit der Anlegung eines Promen-

nadewegs längs des Rheins zu sprechen. Er möchte wünschen, daß die Regierung die ganze Frage noch einmal wohlwollend prüfe.

Geheimrat G o n s e l l geht nochmals auf die Frage ein und bittet den Vorredner, in Anbetracht dessen zu wirken, daß der Stadtrat von seinem Plane abstehe.

Es folgen Bemerkungen rein lokaler Natur der Abgg. W o g e l, S t r i n d, welcher Vorschlag über die Handhabung der Wasserpolizei in Mannheim vorbringt.

Nach einem Schlußwort des Berichterstatters Abg. H e r g t wird in die Spezialberatung eingetreten und die Titel ohne große Debatte genehmigt.

Nächste Sitzung Montag 1/2 Uhr. Tagesordnung: Stillschluß nebst Interpellation über die geschwundene Wahltätigkeit der Geistlichen; Ordensberatung, Antrag Trennung von Staat und Kirche.

Delegierten-Versammlung des Gesamtverbandes der Evangelischen Arbeitervereine Deutschlands.

Freiburg, 6. Juni.

Heute vormittag 9 Uhr trat im Kornhaussaale die Delegierten-Versammlung der Evang. Arbeitervereine Deutschlands zu ihrer Beratung zusammen. Gesang und Gebet leiteten sie ein. Der nächste Gruß galt unserem Kaiser und unserem Großherzog. Die Versammlung gab ihre Zustimmung zur Abfertigung von Begrüßungsgrammen an den Kaiser, den Großherzog, den Fürsten Bülow und Staatssekretär Grafen v. Posadowski. Nach den obligaten Begrüßungen wurde bekannt gegeben, daß Begrüßungsschreiben u. a. eingegangen seien von dem Großherzog, Herrn Staatsminister Frhr. v. Dusch und vom Evang. Oberkirchenrat.

Ueber die Entwicklung des Gesamtverbandes berichtete der erste Schriftführer,

Herr Max R a d t, Kreis-Vorstand.

Mit Genugtuung und mit Recht kann in dem Berichte hervorgehoben werden, daß die Einrichtung der sozialen Kurse, die Förderung der Wohnungsfrage, die Errichtung von Arbeitssekretariaten, Rechtsauskunftsstellen usw. zum Teil wenigstens auf die rührige Tätigkeit der Arbeitervereine zurückzuführen sind. Redner beklagt, daß in vielen Teilen des Reiches die evangelische Geistlichkeit sich dem Vereine fern halte und untätig bleibe, obwohl durch die evangelischen Arbeitervereine auch das kirchliche Leben reiche Förderung erfahre. Kurz berührt der Redner auch die Frage, ob die evangelischen Arbeitervereine zu den Richtungen in der evangelischen Theologie Stellung nehmen sollen. Er riet bringend davon ab. Der Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine umfaßt 469 Vereine mit 88 679 Mitgliedern. Der Pfälzische Verband zählt 50 Vereine mit 8000 Mitgliedern, der Badische Verband 30 Vereine mit 2070 Mitgliedern.

Den Kassenbericht erstattete der Schatzmeister,

Herr B e r k m e i s t e r, Kreis-Vorstand.

darnach schloß die Rechnung für das Jahr 1905 in Einnahmen und Ausgaben mit 8948.14 M. ab. Eine ausgiebige Debatte rief eine Anregung auf Erhöhung der Beiträge hervor. Sie führte schließlich zur Annahme folgenden Antrags: Es wird den Provinzial- und Landesverbänden eine Denkschrift des geschäftsführenden Ausschusses zugeben, worin aufgrund genauer Berechnungen der für die sozialen Kurse in den drei Vorjahren aufgewendeten Mittel die Notwendigkeit einer Erhöhung der Beiträge nachgewiesen wird, wie es absolut nötig ist, die sozialen Kurse jedes Jahr gehalten werden sollen.

Nach nahezu vierstündiger Dauer wurden die Beratungen gegen 1 Uhr abgebrochen und um 4 Uhr wieder aufgenommen. Das bei den Tagungen des Verbandes übliche biblische Referat hatte Herr Pastor R i e d l i c h - S o r a n übernommen. Er sprach in eindrucksvollen interessanten Ausführungen über das Eigentum im Lichte der Bibel. Ueber Arbeitskammern referierte sodann

Redakteur August J a n w o r s k i - F r a n k f u r t a. M.

an der Hand von 9 Leitfäden, von denen wir folgende hervorheben: „Die Errichtung von Arbeitskammern bedeutet für die Arbeiterschaft die Anerkennung der Gleichberechtigung auf wirtschaftlichem Gebiet. Abgesehen davon, daß die Arbeiterkammern z. B. keine Aussicht auf Bewilligung hätten, sind die Arbeitskammern schon deshalb vorzuziehen, weil reine Arbeiterkammern bei dem gegenwärtigen Stand der deutschen Arbeiterbewegung leicht Kampfinstitutionen werden könnten. Als Aufgaben der Arbeitskammern konnten in Betracht: a) Aufstellung von Statistiken, b) Beobachtungen über die Wirkungen der sozialen Gesetzgebung, c) Mitwirkung bei Verlesung und Verhängung von Streiks und Aussperrungen, d) Recherchen über soziale, sanitäre und sittliche Mängel, e) Mitwirkung bei dem Ausbau unserer sozialen Gesetzgebung. Zur Durchführung dieser Aufgaben ist eine dezentralisierte Organisation der Arbeitskammern notwendig: Lokale Arbeitskammern, Bezirksarbeitskammern, Reichsarbeitsamt. Es empfiehlt sich Industrie- und Landwirtschaftsarbeitskammern zu errichten. Bei der Zusammenfassung der Industrie-Arbeitskammern ist darauf Rücksicht zu nehmen, daß alle Hauptindustriegruppen in denselben vertreten sind. Die Wahlen sollen möglichst nach dem Proportionalwahlssystem mit gebundenen Listen erfolgen, damit alle Richtungen der Arbeiterschaft (auch Frauen) in den Kammern ihre Vertretung erblicken. Auch Arbeitskammern werden nicht alle Interessengruppen aufheben, wohl aber mildern und in Arbeitgeber und Arbeiter das Verständnis dafür erwecken, daß eine friedliche Beilegung entscheidender Streitigkeiten beiden Teilen förderlich ist.“ Der Referent sprach sich grundsätzlich für Arbeits- und gegen Arbeiterkammern aus. In einer mit den Leitfäden der Reichsregierung zu übermittelnden Entschloßung wurde noch die dringende Bitte ausgesprochen, es möge endlich noch vor dem nächsten christlich-nationalen Arbeiterkongreß der lange versprochene und erwartete Gesetzentwurf über die Errichtung von Arbeitskammern den gesetzgebenden Faktoren vorgelegt werden. Die Versammlung erklärte ihre Zustimmung zu den Leitfäden und der Entschloßung.

Damit war die Tagesordnung der Nachmittags-sitzung erschöpft. Herr Dr. Weber-München-Glabach, der Verbandsvorsitzende, gab noch das inzwischen eingetroffene Antwortschreiben unseres Großherzogs bekannt, das folgenden Wortlaut hat:

Die freundliche Begrüßung der versammelten Vereine hat mich tief gerührt, und ich danke allen Teilnehmern für die treue Kundgebung so edler Gesinnung.

Friedrich, Großherzog.

Die Versammlung dankte für diese herzliche Kundgebung mit begeisterten Hochrufen auf unsern Landesherren. Um 7 Uhr wurde abgebrochen.

Freiburg, 8. Juni. Nach einem wohlgerungen Familienabend zu Ehren der Gäste in der Kunst- und Festhalle wurden gestern in vierstündiger Sitzung die Verhandlungen des Delegiertentages des Gesamtverbandes der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands zu Ende geführt. Herr Pastor S p ä t h - B r e s l a u behandelte die neuerdings auf sozialen Kongressen wiederholte Frage der Verschmelzung der 3 großen Versicherungs-

Organisationen für Arbeiter, Kranken, Unfall- und Invaliditätsversicherung. Zu den bezügl. Leitfäden des Referenten gab die Versammlung im Prinzip ihre Zustimmung. Der Vortrag soll gedruckt werden und auf dem nächsten Delegiertentage, der 1907 in D o r t m u n d stattfinden wird, als Grundlage für eine eingehende Besprechung der Arbeiterversicherungsreform dienen. An das Reichsversicherungsamt wird die dringende Bitte gerichtet, daß zu Beratungen in der Reformfrage auch Vertreter der Arbeiterorganisationen zugezogen werden. Um 1 Uhr schloß der Vorsitzende Dr. Weber die Verhandlungsversammlung.

Aus Stadt und Land.

Mannheim, 9. Juni.

Die diesjährige General-Versammlung der Deutschen Reichs-Gesellschaft findet am 17. ds. Mts. in Salzwedel (Hara) statt, woselbst sich das 4. deutsche Reichswaisenhaus befindet. Sämtliche Verbände des Deutschen Reiches senden hierzu Vertretung. Auf der Tagesordnung und im Vordergrund der Beratungen steht die Erbauung des 6. und 7. deutschen Reichswaisenhauses, je eines für Knaben und Mädchen ohne Unterschied der Konfession. Voranschichtlich wird der hiesige Verband durch unteraltdarmstädter, langjähriges Verwaltungsratsmitglied und Mitbegründer des hiesigen, seit dem Jahre 1880 bestehenden Verbandes, Herr Dr. J. D o c h t e t t e r, als Delegierter vertreten sein.

Der Kaiser von Heidelberg wird morgen Sonntag, 10. Juni, nachmittags 3 Uhr, im Evang. Vereinshaus, K 2, 10, und abends halb 9 Uhr Traiteurstraße 19 je einen biblischen Vortrag halten, wozu jedermann freundlichst eingeladen ist.

Der Verkehrsverein. Das offizielle Verkehrs-Bureau im Kaufhaus erhielt im Monat Mai 546 Besuche. In 122 Fällen wurden Reisen, in 68 Fällen Fahrplan-Auskünfte erteilt. Die hauptmännliche Tätigkeit verzeichnet die Vermittlung von 48 Rundreisen und den Verkauf von 60 Kilometerheften, sowie die Abfertigung von 28 Kilometerheftentragen. Schlafwagenplätze wurden 8, Fahrkarten nach der Schweiz und nach Italien 18 vermittelt. 209 Besucher ermahnten Reiseführer und für 66 Besucher vermittelte die Geschäftsstelle Anfragen nach Sommerfrischen, Badeplätzen usw. Auskünfte an Fremde über hiesige Verhältnisse wurden 38 erteilt. Die sonstige Tätigkeit des Bureaus in Auskünften registriert 23 Fälle.

Die diesjährige Fronleichnamprozession umfaßt nach dem bereits vorliegenden Programm 78 Gruppen; die Prozession hat demnach gegen das Vorjahr wiederum eine ansehnliche Erweiterung erfahren. Auch in diesem Jahre nimmt die Prozession denselben Weg wie in den Vorjahren. Während der Prozession der Ringstraße durch die Prozession wird der Betrieb der elektrischen Straßenbahn auf der Zellstraße Rheintor—Rheinlust eingestellt werden. Sollte ein Fronleichnamtag infolge unglücklicher Witterung die Prozession nicht abgehalten werden können, so findet dieselbe am darauffolgenden Sonntag, den 17. Juni, statt.

Sommerfest zugunsten armer Waisenkinder. Wir machen auch an dieser Stelle darauf aufmerksam, daß das Sommerfest der Deutschen General-Gesellschaft (Verband Mannheim) morgen bei der Restauration auf den Remiseen stattfindet. Der Festplatz hat dieses Jahr eine bedeutende Vergrößerung erfahren und ist für Gelegenheit unter haltigen Bäumen hinreichend geräumt. An Unterhaltung wird es den Besuchern auch nicht fehlen, sind doch wieder allerlei Volkbelustigungen vorgesehen. Da das Rein-erträgnis Waisenkinder zugute kommt, ist ein zahlreicher Besuch des Festes empfehlend und wünschenswert.

20-Pfennig-Tag im Friedrichspark. Für morgen Sonntag hat die Parkverwaltung den ersten 20-Pfennig-Tag in dieser Saison angefaßt. Die Konzerte des Nachmittags von 3 bis 6 Uhr und des Abends von 8 bis 11 Uhr werden von der vollständigen Kapelle des Grenadier-Regiments gegeben. Durch den niedrigen Eintrittspreis ist es auch weiteren Kreisen ermöglicht, sich an den Klängen eines guten Orchesters zu erfreuen und sich die schönen Anlagen des Parks zu betrachten.

Münchener Volkstheater. Das künstlerische Ensemble des Münchener Volkstheaters, das sich seit der kurzen Zeit seines Bestehens — eröffnet am 10. November 1903 — bereits eine führende Stellung unter den Münchener Kunstinstitutionen errungen hat, absolviert in der Zeit von Mitte Juni bis Mitte Juli dieses Jahres eine Tournee mit dem Hauptrolen der Winterzeit, der Detektiv-Komödie „Sherlock Holmes“ in der Bearbeitung des Hamburger Schauspielers Albert Boyenhard. Von Mitte Februar bis zum Eintritt der Tournee wurde das spannende Stück in München, bei fast stets überkauften Hause über 80 Mal gegeben, ein Erfolg, wie er auch in den Annalen der Münchener Theatergeschichte nicht zu verzeichnen war. Abgesehen von der Sensation des Stückes, ist es die vorzügliche Darstellung, die den Erfolg sicherte. Die Besetzung der Rollen auf der Reise bleibt dieselbe wie in München. Auch in unserer Stadt soll von den Künstlern das Stück zur Darstellung gebracht werden und zwar ab Sonntag, den 24. Juni ds. Jd. im Saalbau-Theater Mannheim. Ausführliche Plakate werden noch alles Nähere bekannt geben. Hoffen wir, daß wir überall, auch bei uns ein volles Haus den Münchener Künstlern entgegenjubeln wird.

Offenburger Lotterie. Die 10 ersten Hauptgewinne fielen auf folgende Nummern: 18 290, 31 073, 8244, 4465, 8944, 16 631, 6504, 38 986, 18 322, 41 102. (Ohne Gewähr.) In die Hauptkollekte von Adrian S c h m i t t, K 4, 10, kamen 4 Hauptgewinne, darunter der 3. Hauptgewinn.

Am Freiausschlag der Freireute wird uns mitgeteilt: Gestern abend wurde in starkbesuchter Versammlung, die im oberen Lokale der Restauration zur „Landlust“ stattfand, ein Ausschlag von 20 pSt. für Bedienung in und außer dem Hause von sämtlichen anwesenden Herren- und Damenfreireuten beschlossen. Der Ausschlag hat in allen besseren Freireutegeschäften schon am 1. Juni ds. Jd. stattgefunden. In der gestrigen Versammlung hat sich jeder Freireute mit Unterchrist und Ehrenwort dazu verpflichtet. In der Versammlung wurden auch die mißlichen Verhältnisse im Freireutegewerbe besprochen. Da, wie bemerkt, in allen hiesigen besseren Freireutegeschäften am 1. Juni der Ausschlag eingetreten ist, seien auch die Inhaber der anderen Geschäfte, welche die Versammlung nicht besuchten, zum Anschlusse aufgefordert, denn auch die Arbeiterkundschaft wird den Ausschlag nicht beanstanden.

Radfahrer und Straßenbahnunfall. Gegen die Stadtgemeinde Mannheim als Betriebsunternehmerin der Straßenbahn hatte ein gewisser O. Anspruch auf Schadloshaltung für die Folgen eines Unfalls durch die Straßenbahn erhoben. Dem Rechtsstreit liegt folgender Sachverhalt zugrunde: Als O. am 2. Oktober 1903 die Rheinbrücke von Mannheim nach Ludwigshafen benutzte, war diese sehr von Fußgängern in Anspruch genommen. O. fuhr auf einem Rade ca. 4 bis 5 Meter vor einem Wagen der Straßenbahn her und konnte infolge der Menschenmengen, die sich anlässlich der Messe über die Brücke wälzten, nicht zur Seite fahren. Als ihm andere Radfahrer und ein Wagen der Straßenbahn entgegenkamen, beschloß O. abzusteigen. Hierbei kam er zu Fall. Der Motorwagen, der mit der Geschwindigkeit 4 bis 5 Meter vor dem Wagenführer nicht mehr zum Halten gebragt werden konnte, wurde überfahren und erheblich verletzt. Seine Ansprüche (darunter jährlich ca. 800 M. Renten) gründeten sich auf das Vorliegen eines Betriebsunfalls und das Verschulden des Wagenführers. Die beklagte Stadtgemeinde

macht zu ihrer Abwehr geltend, daß höhere Gewalt, Zusammenstößen von unglücklichen Umständen, vorliege, zum mindesten aber daß eigene Verschulden des Klägers den Unfall herbeigeführt habe. — Das Landgericht Mannheim erkannte auf Verurteilung der besagten Stadtgemeinde dem Grunde nach. Im selben Sinne entschied das Oberlandesgericht Karlsruhe. Das Oberlandesgericht führt dazu noch aus, die Schuld treffe den Wagenführer. Dieser Urteil wurde von der besagten Stadtgemeinde nochmals in der Revisioninstanz angegriffen. Der 2. Zivilsenat des Reichsgerichts erkannte jedoch auf Zurückweisung der Revision.

Ein Kinematographentheater ist die neueste Nummer im Mannheimer Vergnügungsprogramm. Das Unternehmen hat sich in dem Eckhaus P. 6. 20, gegenüber dem „Hotel Victoria“, etabliert und dürfte schon allein seiner günstigen Lage wegen bald vielen Zuspruch finden. Heute nachmittags um 8 Uhr fand vor einem geladenen Publikum die erste Vorstellung statt, die ein recht unterhaltendes Programm brachte. Gleich die erste Nummer, welche die phantastischen Träume eines Betrunknen illustrierte, lieferte den Beweis, daß das Unternehmen auf der Höhe der Zeit steht. Das Programm brachte auch eine Reihe aktueller Sachen, wie die Olympischen Spiele, den Stapellauf eines Kriegsschiffes in Anwesenheit des Kaisers und die Berliner Hochbahn. Die Sitzplätze sind amphitheatralisch angeordnet und ermöglichen auf diese Weise, daß die Bilder von jedem Winkel aus gut verfolgt werden können. Das Theater ist mit Restauration versehen. Eine bequeme Vorrichtung vor den Sitzen ermöglicht das Begleiten der Biergläser. Auch sonst ist der Raum, der elektrisch beleuchtet wird, praktisch eingerichtet. Da es auch in Mannheim viele Freunde kinematographischer Kunst gibt, so ist an der Prospektseite des Theaters nicht zu zweifeln, zumal die Unternehmerin, die Kgl. Kinematographentheater-Gesellschaft m. b. H., in der Lage ist, stets mit aktuellen und recht unterhaltenden Sachen aufzuwarten. Ein Besuch des Theaters sei bestens empfohlen.

Von den Schmälten an der Bergstraße. In Heidelberg-Handschuhsheim betragen am 7. Juni die Obstmarktdurchschnittspreise per 50 Kg.: für Äpfel 19—20 M., für Monats-Äpfel 100 M. Der Obstmarkt zu Deutertshausen, einer der größten an der südbahnen Bergstraße, wurde in dieser Woche ebenfalls eröffnet. Für Äpfel — schwache Mittelgröße — wurden 18 M. per Zentner bezahlt. Voriges Jahr kamen am Deutertshausener Obstmarkt zum Verkauf: Äpfel 178, Pfäfen 406, Birnen 294, Zwetschen 1806, Äpfel 37 Zentner.

Schwere Folgen hatte für die Ehefrau Maria Brenner und Karoline Weller dahier das Kohlenleien im Rheinbahnhofgebiet. Am 28. Februar wurden sie dabei ertappt, als sie aus dem Kohlenlager der Karlsruher Schiffahrtsgesellschaft Kohlen entwendeten. Am 21. März bemerkte der Weichenwärter Groß, wie beide sich zwischen den Gleisen aufhielten und dort wieder Kohlen lafen. Als Groß die Namen der beiden Frauen feststellen wollte, schlug Frau Brenner dem Manne mit der Faust auf die Nase, worauf beide davonliefen. Sie sind beide schon vorbestraft und erbielten in der vorgestrigen Schöffengerichtssitzung wegen des Kohlendiebstahls 3 Monate Gefängnis, wegen der Widerstandshandlung 3 M. Geldstrafe.

Zum Ehebrama in H. 6. Die schwer verletzte Frau Scheppers befindet sich noch am Leben. Ihr Zustand ist aber derartig, daß kaum an ein Wiederaufkommen gedacht werden kann. Bei dieser Gelegenheit möchten wir noch richtigstellen, daß die Scheppersche Wirtschaft früher nicht Dörzbader, sondern Dörzenbach hieß.

Mutmaßliches Wetter am 10. und 11. Juni. Bei vorherrschend nördlichen bis östlichen Winden und weiterhin steigender Temperatur ist für Sonntag und Montag nur zeitweilig bewölkt und größtenteils trodenes, sowie heiteres Wetter zu erwarten.

Aus dem Grossherzogtum.

C. Heidelberg, 8. Juni. Der 32 Jahre alte verheiratete Justizkassierer Ludwig Kerne hat sich heute Vormittag infolge unglücklicher Familienverhältnisse erschossen. — Das Gasthaus zum „roten Löwen“ ging am den Preis von 124 000 Mark an den bisherigen Restaurateur des „Goldenen Falken“, Herrn Hans Müller, über. — Der Bezirksrat hat das Gesuch des Herrn Fabrikanten Max Raker aus Mannheim zur Errichtung einer Kunstwollefabrik in Medesheim genehmigt.

Großjachsen, 9. Juni. Es ist schon oft und viel geklagt worden über das starke Abnehmen unserer Singvögel, dennoch bestehen immer große Miststände. So kann man z. B. z. B. täglich sehen, daß Raben die Obstgärten beim Ort und die Büsche in den Hofreiten abfuchen und die jungen Singvögel aus den Nestern holen. Es wäre wünschenswert, wenn dieses Raubzeug durch Abschlehen dezimiert würde.

o. o. Baden-Baden, 8. Juni. Nach eingehender Beratung hat der Stadtrat heute die Erbauung einer elektrischen Bahn von Bad durch Baden nach Lichtental beschlossen. Im Zusammenhang damit wurde gleichzeitig die Erweiterung des städtischen Elektrizitätswerkes mit einem Stosspannungs von 370 000 Volt genehmigt.

Kleine Mitteilungen aus Baden. Im Stadtpark zu Karlsruhe stürzte Donnerstag Abend in der Nähe der nach dem Tiergarten führenden Brücke eine alte marode Eiche mit mächtigem Stamm ohne jede äußere Einwirkung plötzlich um über die eiserne Garteneinfriedigung auf den dem Wegplatz zu gelegenen Tiergartenweg, eine Anzahl dort aufgestellter Stühle und Hüter zertrümmerte. Ein 13 Jahre altes Mädchen befand sich, zu einer Musikstunde gehend, auf fraglichem Wege und wurde an der Hand leicht verletzt, dagegen wurde die Hüter und der Stuhlkasten, den es in der Hand trug, stark beschädigt. Ferner wurde ein 1 Jahr altes Kind, das in einem dort aufgestellten Kinderportablwagen sich befand, am Kopfe verletzt und mußte ins pädi. Krankenhaus gebracht werden. Seine Verletzungen sollen ebenfalls nicht gefährlicher Art sein. — In Grünwinkel brannte Freitag früh die Wirtschaft zum „Röhl“ fast vollständig nieder.

Pfalz, Hessen und Umgebung.

o. o. Heidenheim, 8. Juni. Der seit einigen Tagen wegen Geschäftsunregelmäßigkeiten suspendierte Bezirksnotar Meperle in Gingen a. Br. erschoss sich gestern in seiner Wohnung.

Bad Nauheim, 8. Juni. Gestern Nacht entstand, wie man vermutet, durch Funken aus dem völlig gelöschten Wehrausbecken — Feuer in der Sakristei der katholischen Kirche, das die ganze Sakristei mit ihrem wertvollen Inhalt zerstörte. Mit Hilfe der Beamten des benachbarten Postamts gelang es, den Brand zu löschen, bevor er auf das Schiff der Kirche überspringen konnte.

Sabern, 7. Juni. Ein Unglücksfall, der den Tod eines blühenden Menschenlebens zur Folge hatte, ereignete sich gestern gegen Abend auf den bei Wonnweiler gelegenen Schießständen des Infanterieregiments 99. Der Wundstecher Beckl von der 7. Kompanie war unter Aufsicht eines Einwärtigen mit Scheibenarbeit beschäftigt. Er wollte an der hoch-

gezogenen Scheibe etwas zurecht machen und ging außer Bedeckung. In diesem Augenblick trachte ein Schuß. Die Kugel drang dem Unglücklichen links in den Hinterkopf und kam rechts an der Stirn wieder heraus. Der Verunglückte, der im ersten Jahre diente, ist kurz nach seiner Ueberführung ins Lazarett gestorben.

Sport.

Sechstes internationales Lawn-Tennis-Turnier. Die Mannheimer Tennis-Woche, wie sie jetzt wohl genannt werden darf, steht vor der Tür, und wir möchten nicht veräumen, Besucher und Passanten des Tennisplatzes davon in Kenntnis zu setzen, daß nächste Woche, namentlich von Donnerstag ab, dort Interessantes zu sehen sein wird. Bei noch nicht abgeschlossener Nennungsliste läßt sich naturgemäß keine genaue Prognose für die erwartenden Kämpfe abgeben, wir werden daher erst nach Einlauf aller Meldungen eine ausführliche Uebersicht über das diesjährige Programm bringen. Immerhin läßt sich schon jetzt sagen, daß das sechste Turnier seinen Vorgängern in keiner Weise nachstehen wird.

IV. Rationales Schwimmfest. Schwimmklub Salamander. Für das morgen in Stuttgart stattfindende Schwimmfest des Schwimmbundes Schwaben hat der Klub Meldungen im Juniorbrustschwimmen und Juniorspringen abgegeben.

B. Frankfurter Regatta. Bei dem gestrigen Meldeschluß wurde für nachstehende Rennen folgende Meldungen abgegeben. Preis vom Saalhof. II. Vierer ohne Steuermann. Mannh. Ruderklub; Mäinzer Ruderverein; Frankfurter Ruderverein. — Verbandspreis. Nord. Ruderklub Zürich; Mäinzer Ruderverein; Ludwigshafener Ruderverein; Frankfurter Ruderverein; Mannh. Rudergesellschaft; Mannh. Ruderklub. — Staatspreis. Junior-Vierer. Mannh. Ruderklub; „Amicitia“; Offenbacher R.-Klub; Lud. R.-Verein; „Salamander“ Karlsruhe; Offenb. R.-V. „Urbine“; Fehenheim R.-Verein; Mäinzer R.-Verein; Oberrod; Frankfurter R.-Verein; Frankfurter R.-Klub; Frankfurter R.-V. „Sachsenhausen“. Strahlenbergpreis. „Teutonia“ Frankfurt; Offenbacher „Urbine“; „Nassovia“ Höchst; Hanauer R.-V. Frankfurter R.-V. „Oberrod“; Frankfurter R.-Verein, Mannh. R.-Klub; Ludwigshafener R.-Verein; „Salamander“ Karlsruhe. — Preis von Frankfurt. Mannh. Rudergesellschaft; Ludwigshafener R.-Verein; Offenbacher R.-Verein, Mannh. R.-Klub. — Bürgerpreis. Junior-Vierer. Mäinzer R.-Verein; Ludwigshafener R.-Verein; Frankfurter R.-Verein; Frankfurter R.-Klub; Frankfurter R.-V. „Germania“; Frankf. R.-V. Sachsenhausen; Mannh. Ruderklub; Mannh. R.-Gesellschaft; Mannheimer R.-V. „Amicitia“; Offenbacher R.-V. „Urbine“. — Preis vom Rain I. Vierer ohne Steuermann. Mannh. R.-Gesellschaft; Ludwigshafener R.-Verein; Mäinzer R.-Verein; Mannh. Ruderklub. — Kaiserpreis. Mannh. Ruderklub; Mäinzer R.-Verein; Mannheim R.-Gesellschaft; Nord. R.-Klub Zürich. — Germania-Preis. I. Vierter. Nord. R.-Klub Zürich; Mannh. Ruderklub; Mäinzer R.-Verein; Frankfurter R.-Verein.

Lustballon-Weißflug. Der „Berl. L. A.“ meldet aus Paris: Den großen Preis des Aeroklubs gewann der Luftschiffer Vorbatte mit seinem Ballon „Späher“, in dem er 180 Km. zurücklegte.

D. Sp. Grand Prix de Paris. In Paris gelangt Sonntag das bedeutendste pferdesportliche Ereignis jenseits der Vogesen, der mit 200 000 Frs. dotierte „Grand Prix de Paris“, zur Entscheidung. Etwa ein Duzend Pferde werden für die klostische Konkurrenz gestallt werden, darunter zwei herbortragende Vertreter aus England, Sparmin, der Sieger im englischen Derby und Malua. Da auch der französische Derby-Sieger Maintenon bestimmt starten wird, wird das Rennen einen hochinteressanten Aufschluß über das Güteverhältnis der englischen und französischen Derbypferde geben.

Die Derlomer-Automobilfahrt.

Wien, 9. Juni. In den Räumen der Landwirtschaftsgesellschaft fand heute vormittag eine Komitteesitzung der vereinigten Automobilklubs statt. Später wurde eine Besichtigung der Automobile von der Derlomerkonferenz vorgenommen.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Or. Hof- und Nationaltheater. Vorzubereiten: Opern: 20. Juni: Trompeter (Bertons-Benefit). — 21. R. Th. Opernball. — 22. Einführung. — 24. Götterdämmerung. — 27. Der Widerspenstigen Zähmung. (S. B. 12). — 28. R. Th. Der Oberstreifer. — 29. Barfüßler. (S. G. 10). — 1. Juli: Trompeter. — 3. Einführung. — 6. 1. Male: Kalkoff. — 8. Weiserfinger. — 10. Kalkoff. — 12. Carmen. — 13. Hleberrmann. — 15. Kalkoff. — 17. Schauspieler. 18. Juni: Ein kaltes Abenteuer. (Drittes Gastspiel Konrad Dreher). — 19. Camont. — 23. Minna von Barnhelm. — 24. R. Th. Hofemanns Lächeln. — 25. Der gehörnte Siegfried und Siegfrieds Tod. — 26. Ariemilids Nahe. — 30. Der Weg zur Hölle. — 2. Juli: Gedächtnisfeier für Jöben: Epilog. Wenn wir Toten erwachen. — 5. Rosenmontag. — 7. Wilhelm Tell. — 8. R. Th. Ihr zweiter Mann. — 11. Götter von Verlichtigen. — 15. R. Th. Schauspiel.

VII. Kaim-Konzert im Pausenaal. Das VII. Kaim-Konzert des Kaim-Orchesters im Pausenaal findet unter Georg Schönevogel's Leitung am 18. Juni, abends 8 Uhr, statt. Zur Aufführung gelangen: Schubert's unvollendete Symphonie, Mendelssohn's Konzert für Violine und Orchester, Chopin's symph. Dichtung „Francesca da Rimini“. Legiere wird zum erstenmal zum Vortrag gebracht werden. Das Violin-Konzert wird von Erhard Gedde, erster Konzertmeister des Kaim-Orchesters, gespielt.

Bayerisches Musikfest 1907. Der bayerische Musikfestverein beschloß die Abhaltung eines bayerischen Musikfestes im Jahre 1907. Sollte keine andere bayerische Stadt daselbe übernehmen, so Nürnberg zur Uebernahme bereit.

Postkapellmeister Reichenderger ist für weitere drei Jahre an den Frankfurter Opernhaus verpflichtet worden. Der Wäinchner Intendant hat Reichenderger mitgeteilt, daß er von seinem Rechte, in den Verband des Wäinchner Hoftheaters wieder zurückzutreten, keinen Gebrauch machen werde.

Abens letztes Wort. Aus Christiania wird gemeldet, Jöben sei mit dem Wort „Am Gegenteil“ aus dem Leben geschieden.

Dochschulnachrichten. Auf die neu geschaffene Direktorstelle der bakteriologischen Abteilung im Reichsgesundheitsamt in Berlin ist der Stabsarzt Professor Dr. B. Uhlenhuth, kommandiert zum bakteriologischen Institut der Greifswalder Universität und Brinabogen im Hygiene und Bakteriologie dabeilbst berufen worden. — Dr. theol. et phil. Julius Kastian, Vertreter der systematischen Theologie an der Berliner Universität, feiert dieser Tage sein 25jähriges Jubiläum als a. Professor.

Arbeiterbewegungen.

o. o. Karlsruhe, 8. Juni. Unter der Arbeiterschaft der Textilindustrie war seit längerer Zeit eine Bewegung zur Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit im Gange. Nunmehr wurde in Vörrach durch Anschlag in den betreffenden Fabrikten bekannt gegeben, daß mit dem 1. Oktober ds. Js. diese Arbeitszeit eintreten soll. Auch Lohnzulagen von 5—15 pCt. sollen in Aussicht genommen sein. Dem maßhaltenden Auftreten der Arbeiterschaft und dem verständnisvollen Entgegenkommen der Fabrikleiter ist dieser Erfolg zuzuschreiben.

St. Johann, 9. Juni. Heute Mittag wurden sämtliche auf der Burbacher Hütte noch tätigen Arbeiter mit Ausnahme der an den Hochöfen und in den Werkstätten Beschäftigten vorläufig entlassen. Die verlaudet, beabsichtigt die Hütte luxemburgische Arbeiter heranzuziehen. Ueber das Resultat der Versammlung der christlich-organisierten Arbeiter verlaudet noch nicht.

Lezte Nachrichten und Telegramme.

Mainz, 9. Juni. Der Müller Thomas in Niederlauchheim befindet sich noch immer in seiner Mühle und läßt sich von Zeit zu Zeit, bald im oberen, bald im unteren Stock mit einem Gewehr unterem Arm am Fenster sehen. Die Mühle ist von Gendarmen umstellt, die auch nachts das Haus beobachten. Heute ist eine Anzahl hiesiger Gendarmen zur Untersuchung nach Niederlauchheim abgeschickt worden. Der Sohn Georg Thomas hielt sich gestern den Tag in der Nähe der Mühle im Felde auf. Zur Verhütung eines Zusammenstoßens mit seinem Vater wurde er gestern Abend festgenommen und in das Arrestlokal von Nieder-Olm gebracht. (Hff. Ztg.)

München, 9. Juni. Im Finanzausschuß der Abgeordnetenversammlung teilten lt. „Hff. Ztg.“ beim Bergersbet die Regierungsbereitete mit, daß die Petroleumsubventionen in der Pfalz und am Tegernsee wenig, bei Rannircher-Geilgenblut keinen Erfolg haben. In der Oberpfalz und bei Lahn in Niederbayern seien Zerlager und Meierslager gefunden worden.

München, 9. Juni. Die bayerische Kammer der Abgeordneten nahm die Regierungsvorlage betreffend Entsetzung von Neu-Ulm an. Nach der Vorlage hat die Bayerische Staatskasse an das Reich für freierwerbende Gebäude eine Million Mark zu zahlen, die von der Stadt Neu-Ulm und der Eisenbahndirektion zurückerstattet werden.

Berlin, 9. Juni. Prinz Heinrich von Preußen wird als Vertreter des Kaisers an den norwegischen Kronungsfestlichkeiten teilnehmen.

Berlin, 9. Juni. Der Redakteur des Anarchistenblattes „Der Revolutionär“ namens Friedrich Müller, wurde heute von der 2. Strafkammer des Berliner Landgerichts wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte zwei Monate beantragt.

Breslau, 9. Juni. Das vor einigen Tagen erschienene Flugblatt des „Simplissimus“ über die Breslauer Kravalle ist lt. „Hff. Ztg.“ heute beschlagnahmt worden.

Weilburg, 9. Juni. Nach einer heute hier eingetroffenen Mitteilung vom Berliner Hofmarschallamt hat der Kronprinz die Einladung der Stadt zur Teilnahme an der 1000 Jahr-Feier angenommen.

Zürich, 9. Juni. Das hiesige Bezirksgericht verurteilte den Anarchisten Johannes Holzmann alias Senna Hoh wegen Uebertretung der Verfassung, durch die er des Landes verwiesen wird, und wegen Widersetzung zu 6 Monaten Gefängnis und 15 Jahren Landesverweisung.

Wien, 9. Juni. Prinz Heinrich von Preußen wurde heute von Kaiser Franz Josef in besonderer Audienz empfangen.

Paris, 9. Juni. Der Kommandant des 16. Korps, General Dalstein wurde anstelle des verstorbenen Generals Desjardier zum Militärgouverneur von Paris ernannt.

Paris, 9. Juni. In Floigny (Dep. Cotes-d'Or) wurden im Auftrag des gerichtlichen Liquidators die Ursulinerinnen aus ihrem Kloster durch Gendarmen gewaltsam weggeführt. Die Oberin erhob lebhaften Einspruch gegen die Ausweisung, und der anwesende Delegator des Bischofs von Dijon sprach über die Urheber und Vollstrecker des Kongregationsgesetzes die höhere Exkommunikation aus.

Paris, 9. Juni. Der monarchistische „Soleil“ behauptet, daß seit dem so radikal ausgefallenen Kammerwahlen nicht weniger als vier Milliarden Frs. Eisenbahnwerte in ausländischen Banken untergebracht worden seien und zwar handle es sich nur zu geringem Teil um monarchistisches und nationalisiertes Kapital.

Marzeille, 9. Juni. Prinz Albrecht von Preußen, Regent von Braunschweig, ist mit dem Postdampfer „Montserrat“ von Barcelona kommend hier eingetroffen.

Kopenhagen, 9. Juni. Der König, der Kronprinz und mehrere Minister sowie andere hochstehende Persönlichkeiten beschäftigen heute das Schiff, mit dem Milus Erikson seine Expedition nach Nordost-Grönland unternehmen wird. Der König nahm das Protektorat über die Expedition, die am 24. Juni abgeht, an.

Goethegesellschaft.

Weimar, 9. Juni. Die General-Versammlung der Goethegesellschaft war sehr zahlreich besucht. Im Mittelpunkt stand Thobes Festvortrag. Zum Präsidenten wurde lt. „Hff. Ztg.“ anstelle des auscheidenden Geh. Rat Ruhlens Prof. Erich Schmidt-Berlin gewählt.

Deutsche Kolonialgesellschaft.

Königsberg i. Pr., 9. Juni. Gestern Abend fand im Tiergarten ein Festmahl der Teilnehmer an der Hauptversammlung der Deutschen Kolonialgesellschaft statt. Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg hielt eine Ansprache, in der er auf den in den Verhandlungen zu Tage getretenen Geist der Einmütigkeit hinwies und mit einem dreifachen Hurra auf den Kaiser schloß.

Aus Rußland.

Petersburg, 9. Juni. (Reichsduma.) Das Haus begann heute unter Änderung der Tagesordnung mit der Debatte über die Agrarfrage. 129 Redner sind gemeldet. Die Rednerliste ist geschlossen worden.

Wien, 7. Juni. Die „Pol. Korr.“ meldet aus Petersburg, dort verlaudet an unternichteten Stellen bestimmt, der Rücktritt des Ministeriums Goremykin sei beschlossene Sache. In Regierungskreisen finde die Behauptung seiner Widersprüche, vielmehr aber Bestätigung.

